



# Gewerkschaft der Polizei

## Landesbezirk Saarland

Gewerkschaft der Polizei \* Kaiserstr. 258 \* 66133 Saarbrücken

Der Ministerpräsident  
Peter Müller

Staatskanzlei  
Am Ludwigsplatz

66117 Saarbrücken

Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken  
Fon: (0681) **84 124 10**, Fax: - **15**  
mailto: [gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de)

[www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de)

Sparda Südwest (**550 905 00**)  
Konto **514 60 62**

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: hm/ ls

Datum: 18.03.2011

### Tarifrunde 2011, Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Empörung, Wut, Verärgerung, Enttäuschung, aber auch Resignation, das waren die häufigsten Stimmungsbilder, die wir von der GdP angesichts Ihrer medialen Festlegungen zur „Nicht-Übertragung“ des öD-Tarifabschlusses auf BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen bei den saarländischen Polizeibesetzten flächendeckend wahrnehmen mussten bzw. konnten.

Ich kann die Beschäftigten sehr gut verstehen. Angesichts der vielen Kürzungen und „Sonderopfer“, die man den saarländischen Beamten und Versorgungsempfängern in den letzten Jahren zugemutet hat, würde eine Nullrunde im Jahre 2011 eine weitere massive Abkopplung von der Entwicklung bei den Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten anderer Bundesländer bedeuten. Und es wäre noch viel schlimmer: Bei einer beachtlichen und derzeit weiter steigenden Inflationsrate bedeutet eine Nullrunde erheblichen realen Lohnverlust.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben die Notwendigkeit dieser Nullrunde mit den Auswirkungen und Bedingungen der Schuldenbremse begründet und gleichsam darauf hingewiesen, dass das Saarland ja ein „Nehmerland“ sei, das sich an der Stelle nichts anderes erlauben könne, weil ja das „Geberland“ Bayern der dortigen Beamtinnen- und Versorgungsempfängerschar ebenfalls eine Nullrunde zumute. Abgesehen davon, dass ein solcher direkter Vergleich aus vielerlei Gründen (es gelten andere Stellenpläne, es gibt andere Konditionen in der Beihilfestruktur usw.) nicht zulässig ist, war es aber für das Saarland und seine Regierung in den vergangenen Jahren immer üblich, sich im sog. „Geleitzug“ aller Bundesländer zu bewegen. Daher stelle ich die Frage, warum die Entscheidungen zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses in vielen anderen Bundesländern, z.B. in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein, an der Stelle von Ihnen überhaupt nicht reflektiert werden. Schleswig-Holstein ist übrigens wie das Saarland

von der Schuldenbremse betroffen, hält es aber offenkundig nicht für vertretbar, angesichts der tarifpolitischen „Umweltsituation“ auch in der freien Wirtschaft und angesichts der ansonsten zu befürchtenden Reallohnverluste den Beamten und Versorgungsempfängern eine Nullrunde zuzumuten. Auch die ansonsten für ihre besondere Sparsamkeit bekannten Baden-Württemberger haben die Leistungsbereitschaft der Beamten in diesem Jahr bereits wertgeschätzt. Bereits vor der Tarifrunde hat die dortige Landesregierung den Beamten und Versorgungsempfängern eine 2-prozentige Erhöhung der Besoldung und Versorgung zugebilligt. So sehr die dortige Verfahrensweise, bereits vor einer Tarifrunde gesetzliche Regelungen zur Besoldung und Versorgung zu „erlassen“, zu kritisieren ist. Die Entscheidung zeigt aber, dass Nullrunden nicht in die Welt passen!

Herr Ministerpräsident, behandeln Sie uns nicht schon wieder wie Rechtlose, die wegen ihrer angeblichen Arbeitsplatzsicherheit eine so große Freude empfinden sollten, dass sie deswegen gerne auf Besoldungs- und Versorgungsanpassungen verzichten müssten. Behandeln Sie uns nicht schon wieder wie Arbeitnehmer zweiter Klasse, denen man mit dem Schwert ihrer arbeitsrechtlichen Stellung das Recht auf echte „Quasi-Tarifverhandlungen“ vorenthält. Behandeln Sie uns nicht schon wieder wie ArbeitnehmerInnen, an die man sich vor Wahlen gerne mit „behördlichen“ Schreiben wendet und sie an vorgebliche Wohltaten erinnert, um sie und ihre berechtigten Ansprüche nach den Wahlen abzuqualifizieren und zu ignorieren. Behandeln Sie uns nicht als Bittsteller, denen der moralische Anspruch auf Lohnzuwachs abgeht. Wir verstehen und akzeptieren es nicht, wenn uns angesichts klammer Kassen Sparsamkeit abverlangt bzw. auferlegt wird, und an vielen anderen Stellen Millionen für zweifelhafte Projekte zur Verfügung stehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben den öD-Gewerkschaftsvertretern im November 2010 in einem Spitzengespräch in der Staatskanzlei versprochen, bei allen Notwendigkeiten aus der Schuldenbremse auch in Zukunft im Saarland für „gleiche Lebensverhältnisse“ einzutreten. Nullrunden für eine Gruppe sind aber genau damit verbunden, sie machen solche Verhältnisse eben ungleich.

Herr Ministerpräsident, ich spreche sicherlich auch im Sinne der Erwartungen der anderen öD-Gewerkschaftsverantwortlichen, wenn ich – im Sinne der Forderung des DGB-Landesvorsitzenden Eugen Roth- nochmals ergebnisoffene Verhandlungen über Besoldungs- und Versorgungsanpassungen auch im Saarland einfordere. Das Gespräch, das Sie uns zwischenzeitlich angeboten haben, darf nicht nur dazu dienen, Ihre Haltung zu bekräftigen. Setzen Sie sich mit uns auseinander, und treten Sie mit uns für das Prinzip ein: Fairer Lohn für gute Arbeit!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Hugo Müller". The signature is written in a cursive, flowing style.

Hugo Müller, Landesvorsitzender